Europäisches Wirtschaftsrecht

Miriam Martiny

Geoblocking im digitalen Binnenmarkt

Eine urheber- und kartellrechtliche Untersuchung des Streamings von Filmproduktionen unter Berücksichtigung der Portabilitätsverordnung und der Online-SatCab-Richtlinie

Nomos | C.H. Beck

Europäisches Wirtschaftsrecht
Begründet von
Prof. em. Dr. Dr. h.c. Jürgen Basedow Prof. em. Dr. Dr. Dr. h.c. Klaus Hopt Prof. em. Dr. Wulf-Henning Roth
Herausgegeben von
Prof. Dr. Thomas Ackermann, LL.M. Prof. Dr. Christian Heinze, LL.M.
Prof. Dr. Patrick C. Leyens, LL.M. Prof. Dr. Rupprecht Podszun
Prof. Dr. Wolfgang Wurmnest, LL.M.
Band 76

Miriam Martiny

Geoblocking im digitalen Binnenmarkt

Eine urheber- und kartellrechtliche Untersuchung des Streamings von Filmproduktionen unter Berücksichtigung der Portabilitätsverordnung und der Online-SatCab-Richtlinie



Nomos





Onlineversion Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Zugl.: Hannover, Univ., Diss., 2022 ISBN 978-3-8487-7467-8 (Print) ISBN 978-3-7489-3254-3 (ePDF)

1. Auflage 2022

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde der Leibniz Universität Hannover im Dezember 2020 als Dissertation vorgelegt. Sie berücksichtigt Rechtsprechung und Schrifttum bis Februar 2022.

An erster Stelle möchte ich mich bei meinem Betreuer meines Promotionsvorhabens, Prof. Dr. Christian Heinze, bedanken. Er hat mir bei der Wahl des Dissertationsthemas vollkommene Freiheit gelassen, stand jedoch nicht nur während meiner Zeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin in Hannover für inhaltliche Rückfragen und als Diskussionspartner mit wertvollen Anregungen zur Verfügung. Ferner möchte ich mich für die Aufnahme in die Schriftenreihe "Europäisches Wirtschaftsrecht" bei ihm bedanken. Herrn Prof. Dr. Jan Eichelberger danke ich für Übernahme der Zweitkorrektur und die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Des Weiteren möchte ich Prof. Dr. Hinrich Julius danken, an dessen Lehrstuhl der Universität Hamburg ich während der Erstellung meiner Dissertation von März 2016 bis Ende Februar 2018 tätig war. Prof. Dr. Julius hat mir dabei Raum gelassen, mein Dissertationsvorhaben gleichrangig zur Lehrstuhltätigkeit vorantreiben zu können. Eine große Unterstützung waren auch die mir dadurch zur Verfügung stehenden räumlichen und bibliothekarischen Ressourcen.

Mein weiterer Dank gilt dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg für den Zugang in die nahezu unerschöpflichen Tiefen der Bibliothek sowie insbesondere Frau Elke Halsen-Raffel, welche für jede Aktualisierung der Dissertation immer wieder eine Nutzung eines Arbeitsplatzes für mich möglich machte. Des Weiteren möchte ich Prof. Dr. Reinhard Ellger für die kartellrechtliche Unterstützung danken.

Vorwort

Außerdem danken möchte ich meinen Eltern, Dipl.-Ing. Berit Dreher-Martiny sowie Prof. Dr. Dieter Martiny, für die ständige Unterstützung in sämtlichen Lebenslagen. Insbesondere mein Vater war durch sein ständiges Zurverfügungstehen für fachliche Diskussionen und unermüdliches Korrekturlesen eine sehr große Unterstützung. Bei aufkommenden Sorgen oder Zweifeln fand er zudem stets die richtigen beruhigenden und motivierenden Worte. Und nicht zuletzt haben auch meine Kolleginnen und Kollegen während meiner Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Hamburg durch erheiternde Pausen nicht unerheblich dazu beigetragen, dass ich diese Arbeit mit großer Motivation und Freude erstellen konnte.

٩.	Einle	itung		19
	I.	Hinte	ergrund und Ziel der Arbeit	19
			weiterte Angebote und veränderte Sehgewohnheiten	19
			indernisse bei grenzüberschreitender Nutzung	20
			berwindung der Hindernisse	22
	II.	Vorge		23
			dbegriffe	24
			reaming	24
			Technische Grundlagen	24
			aa) Progressive Download	25
			bb) Streaming Media	25
		b)	Streamingformen	26
			aa) On-Demand-Streaming (nicht-lineares	
			Streaming)	26
			bb) Live-Streaming (lineares Streaming)	27
		2. Pr	oduktion, Finanzierung und Verwertung von Audio-	
		Vi	deo-Inhalten	27
		a)	Audio-Video-Inhalte	27
		b)	Produktion	28
			aa) Eigenproduktionen	28
			bb) Auftragsproduktionen	29
			cc) Gemeinschaftsproduktionen	30
		c)	Finanzierung	30
			aa) Eigenfinanzierungen	31
			bb) Vorabverwertungsverträge	31
			cc) Finanzierung durch Fördermittel	32
			dd) Fertigstellungsgarantien	33
			ee) Zwischenfinanzierung	33
		d)	Verwertung	34
			aa) Verwertungskette	34
			bb) Sperrfristen	35
			cc) Kinoverwertung	37
			dd) Bild- und Tonträgerverwertung	38
			ee) Free- und Pay-TV-Verwertung	38
			ff) Online-Verwertung	39

gg) Eigenproduktionen für nur einen	
Verwertungsweg	40
3. Zugang durch Diensteanbieter/ Streamingdienstepo	rtale 40
4. Digitaler Binnenmarkt	41
B. Grundlagen des Geoblockings	45
I. Rechtstatsächlicher Gebrauch des Geoblockings	45
1. Zwischen Rechteinhaber und Streaming-Anbietern	45
2. Zwischen Streaming-Anbietern und Nutzern	46
II. Technischer Vorgang	46
1. Client-Server-Modell	47
2. Content Delivery Networks	48
3. Technische Möglichkeiten der Umgehung	48
III. Gesetzliche Verankerung des Geoblockings	49
IV. Geoblocking als technische Schutzmaßnahme im Sinne	e des
§ 95a UrhG	51
1. Technische Schutzmaßnahme im Sinne des § 95a Ur	hG? 51
a) Zweck der technischen Maßnahme	52
b) Rechteinhaber i.S.d. § 95a Abs. 2 S. 2 UrhG	53
aa) Begriffsklärung	53
bb) Konsequenzen	54
cc) Einheit von Rechteinhaber und	
Plattformbetreiber	55
c) Wirksamkeit der Sperre	57
d) Zwischenergebnis	59
2. Umgehung im Sinne des § 95a UrhG	60
a) Objektiver Tatbestand	60
b) Subjektiver Tatbestand	61
3. Rechtsfolgen der Umgehung	63
a) Zivilrechtliche Ansprüche	63
aa) Ansprüche aus §§ 1004, 823 Abs. 2 BGB, 95a	
UrhG und § 823 Abs. 2 UrhG iVm. § 95a Urh	
bb) Anspruch aus §§ 97, 95a UrhG?	64
cc) Anspruch aus §§ 97, 16 UrhG durch der	
Umgehung nachgelagertes Streaming	64
(1) Anwendbarkeit des § 97 UrhG neben	
§§ 1004, 823 Abs. 2 BGB, 95a UrhG	64
(2) Eingreifen von Schranken?	65
b) Strafrechtliche Konsequenzen, § 108b Abs. 1 Nr.	
UrhG	66

4. Ergebnis	66
C. Geoblocking als Fortschreibung der Territorialität des Urheberrechts	68
I. Schutz digitaler Inhalte nach dem Urheberrecht	68
1. Digitale Werke im Sinne des UrhG	68
2. Urheber- und Leistungsschutzrechte für digitale Werke	70
a) Urheberrechte	70
aa) Vervielfältigungsrecht, § 16 UrhG	70
bb) Recht der öffentlichen Zugänglichmachung,	
§ 19a UrhG	74
(1) Zugänglichmachung	74
(2) Öffentlichkeit	76
(3) Ort und Zeit der Wahl	79
cc) Senderecht § 20 UrhG	82
b) Leistungsschutzrechte	83
3. Zwischenergebnis	84
II. Territoriale Begrenzung des Schutzes digitaler Inhalte	84
1. Territorialitätsprinzip	84
2. Kritik am Territorialitätsprinzip – Universalitätsprinzip	86
3. Zwischenergebnis	88
III. Territoriale Fragmentierung der rechtsgeschäftlichen	
Verwertung	88
1. Nutzungsrechte und deren inhaltliche	
Einschränkbarkeit	88
a) Einräumung von Nutzungsrechten nach § 31 UrhG	88
aa) Inhalt und Einräumung von Nutzungsrechtenbb) Dingliche Wirkung einer	88
Nutzungsrechtsbeschränkung	90
cc) Dingliche Wirkung territorialer Begrenzungen	91
b) Weiterübertragung von Nutzungsrechten nach §§ 34,	
35 UrhG	93
c) Zwischenergebnis	94
2. Rechteerwerb für das Angebot und die Nutzung von	
Streamingdiensten	95
a) Relevanz	95
b) Entgeltliche Streamingdienste	95
aa) Rechte des Dienstes	95
(1) Online-Lizenzen, § 19a und § 20 UrhG	95
(2) Vervielfältigungsrecht gemäß § 16 UrhG	96

	(3) Zwischenergebnis	98
	bb) Rechte der Nutzer	98
	(1) Vertragsart	98
	(2) Differenzierung zwischen urheberrechtlicher	
	und schuldrechtlicher Rechteeinräumung	101
	(3) Ausschluss der dauerhaften Privatkopie	
	durch AGB	104
	(4) Räumlich begrenzte Nutzung –	
	überraschende Klausel i.S.d. § 305c BGB?	107
	(a) AGB-Regelungen vor Inkrafttreten der	
	Portabilitäts-VO	107
	(b) AGB-Regelungen nach Inkrafttreten der	
	Portabilitäts-VO	110
	(5) Zwischenergebnis	111
	c) YouTube/Mediatheken – unentgeltliche Dienste	111
	d) Zwischenergebnis	113
	3. Zwischenergebnis – territoriale Fragmentierung der	
	Verwertung	114
IV.	Lokalisierung urheberrechtlicher Verletzungshandlungen	
	im Internet	114
	1. Grundsätzliche Relevanz	114
	2. Internationale Zuständigkeit	115
	3. Kollisionsrecht	117
	4. Sachrechtliche Lokalisierung der urheberrechtlichen	
	Verletzungshandlung	118
	a) Urheberrechtsverletzungen des Diensteanbieters	
	durch Streaming durch den Nutzer	118
	aa) Verletzung des Rechts des Öffentlichen	
	Zugänglichmachens gemäß § 19a UrhG	118
	bb) Verletzung des Senderechts gemäß § 20 UrhG	122
	cc) Zwischenergebnis	123
	b) Urheberrechtsverletzungen des Nutzers	123
	aa) Verletzung des Vervielfältigungsrechts gemäß	
	§ 16 UrhG	123
	(1) § 44a UrhG	124
	(a) Vorübergehende sowie	
	flüchtige oder begleitende	40.
	Vervielfältigungshandlungen	124
	(b) Teil eines technischen Verfahrens	125
	(c) Keine eigene wirtschaftliche Bedeutung	125

(d) Rechtmäßige Nutzung	126
(aa) Einwilligung durch Rechteinhaber	126
(bb) Nutzung nicht durch Gesetze	
beschränkt	127
(e) Einschränkung durch den Drei-Stufen-	
Test	127
(aa) Streaming aus rechtswidriger	
Quelle	129
(bb) Streaming durch die Umgehung	
von Geoblocking	129
(f) Zwischenergebnis	130
(2) Vervielfältigungen zum privaten und	
sonstigen Gebrauch gemäß § 53 Abs. 1 UrhG	130
(a) Privater Gebrauch ohne Erwerbszweck	131
(b) Offensichtlich rechtswidrig zugänglich	
gemachte Vorlage	131
(aa) Begriff der offensichtlichen	
Rechtswidrigkeit	131
(bb) Bei Umgehung § 53 UrhG analog?	132
(c) Zwischenergebnis	134
(3) Zwischenergebnis	134
bb) Lokalisierung der Vervielfältigungshandlung	135
c) Fazit	135
V. Ergebnis	136
D. Geoblocking als Hindernis des digitalen Binnenmarktes	137
I. Ziel: digitaler Binnenmarkt	137
II. Zulässigkeit territorialer Rechtevergabe nach Unionsrecht	138
1. Keine Erschöpfungswirkung bei Online-Lizenzen	138
2. Verstoß gegen Wettbewerbsregeln gemäß Art. 101	
AEUV	140
a) Vereinbarungen zwischen Unternehmen	141
b) Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels/	
Zwischenstaatlichkeitsklausel	142
c) Spürbarkeit der Wettbewerbsbeschränkung	142
d) Bezwecken oder Bewirken von	
Wettbewerbsbeschränkungen	143
aa) Allgemeine Begriffsklärung	143
bb) Murphy-Entscheidung des EuGH	144
(1) Gegenstand der Murphy-Entscheidung	144

	(2)	Über	tragbarkeit auf Online-Sachverhalte	146
cc)			n Paramount/Canal+	147
	(1)	Hint	ergrund – Paramount-Verfahren der	
			Commission	147
	(2)	Ausw	virkungen der Verpflichtung	149
			l Plus-Entscheidung des EuG	150
			l Plus-II-Entscheidung des EuGH	155
			chenergebnis	157
dd)	Bes	chrän	kung des vertikalen und horizontalen	
	We	ttbew	erbs durch territoriale Online-	
	Liz	enzve	rgaben	159
ee)	Spa	ınnun	gsverhältnis zwischen dem	
	Im	materi	algüterrecht und dem Kartellrecht	160
	(1)	Theo	rie vom spezifischen Schutzgegenstand	161
		(a) E	rmittlung des spezifischen	
		S	chutzgegenstandes	161
		(b) S	pezifischer Schutzgegenstand des	
		J	Jrheberrechts	163
	(2)	Inter	essenabwägung – Zwang	
		zur e	uropaweiten Online-Lizenz	
			essengerecht?	164
			Digitaler Binnenmarkt und Interessen	
			er Nutzer	164
			angemessene Vergütung für	
			Rechteinhaber/ Möglichkeit der	
			innvollen Verwertung	165
		(;	aa) Gefahren für das System der	
			Filmverwertung	167
		(;	aaa) Kollision der Sperrfristen zu	
			Lasten der Kinoverwertung	167
		(bbb) Schwächung nationaler	
			Filmproduktionen?	168
		(ccc) Grundsätzliches Ende der	
			Kinoauswertung?	169
			ddd) Zwischenergebnis	171
			bb) Preisanstieg für Online-Lizenzen?	171
		(cc) Segmentierung der Lizenzen	
			anhand von Sprachfassungen	
		–	ausreichend?	173
		(c) E	Ergebnis	175

e) Freistellung nach Art. 101 Abs. 3 AEUV	176
f) Ergebnis	177
3. Beschränkung der Dienstleistungsfreiheit gemäß Ar	rt. 56
AEUV	177
a) Dienstleistungen im Sinne des Art. 57 S. 1 AEUV	V 177
b) Territoriale Begrenzung der Lizenzen	178
c) Rechtfertigung einer Beschränkung	179
4. Fazit	180
III. Verstoß gegen Unionsrecht durch die schuldrechtliche	
Verpflichtung zum Geoblocking	180
1. Verstoß gegen Wettbewerbsregeln gemäß Art. 101	
AEUV	181
a) Wettbewerbsbeschränkung durch eine	
schuldrechtliche Geoblockingverpflichtung	181
aa) Spezifischer Schutzgegenstand und	
Interessenabwägung	182
bb) Interessenabwägung	182
b) Zwischenergebnis	186
2. Beschränkung der Dienstleistungsfreiheit gemäß Ar	t. 56
AEUV	186
a) Drittwirkung der Dienstleistungsfreiheit?	187
b) Zwischenergebnis	188
3. Fazit	188
IV. Ergebnis	188
E. Lösungsansätze zur Verbindung von Urheberrecht und	
Binnenmarktintegration	190
I. Kompetenzen der Europäischen Union	190
II. EU-Sekundärrecht	192
1. Portabilitäts-Verordnung	192
a) Hintergrund	192
b) Ziel der Verordnung	193
c) Anwendungsbereich	194
aa) Sachlicher Anwendungsbereich	194
(1) Abonnent	194
(2) Online-Inhaltedienste	196
(3) Rechteinhaber	199
bb) Räumlicher Anwendungsbereich	199

d)

Inh	alt d	ler P	'ortabi	litäts-VO	200
aa)	Reg	gelu	ng des	Art. 4 Portabilitäts-VO	200
	(1)	Red	chtlich	e Fiktion	200
	(2)	Wo	hnsitz	mitgliedstaat	200
		(a)	Ausle	gung des Begriffs	200
		(b)	Über	prüfung des	
			Woh	nsitzmitgliedstaates bei Abschluss	
			und V	Verlängerung des Vertrages	202
			(aa)	Überprüfungsmittel	202
			(bb)	Auswahl der Überprüfungsmittel	203
			(cc)	Versagung der Portabilität bei	
				unzureichender Überprüfung	205
			(dd)	Datenschutzrechtliche Aspekte	205
		(c)	Ausn	ahme von der Überprüfung des	
			Woh	nsitzmitgliedstaates	206
	(3)	Vo	rüberg	ehender Aufenthalt	206
				gung des Begriffs	206
				orauchsmöglichkeiten	209
		(c)	Erneu	ıte Überprüfung bei	
				agsverlängerung	210
		(d)		ıte Überprüfung bei begründeten	
			Zwei		211
				Standortspeicherung	211
			(bb)	Zulässigkeit der	
				Datenverarbeitung	212
			(aaa)	Erfüllung einer rechtlichen	
				Verpflichtung gemäß Art. 6 Abs. 1	
				c) DSGVO	212
			(bbb)	Berechtigtes Interesse des	
				Diensteanbieters gemäß Art. 6	
				Abs. 1 f) DSGVO	213
			(cc)	Dauer der Speicherung –	
				Begründete Zweifel am	
			, ,	Wohnsitzmitgliedstaat	215
			(aaa)	Heranziehung der Roaming-	
			(1.1.1.)	Verordnung	215
			(bbb)	Übertragbarkeit auf	
			/ 1 1	Portabilitätssachverhalte	217
		, ,	(dd)	Anwendbarkeit des TTDSG	218
		(e)	Fazit		219

	(4) Problematik mehrerer	
	Wohnsitzmitgliedstaaten	220
	(5) Art und Weise des portablen Zugriffs	221
	(6) Einfluss auf die dingliche Beschränkbarkeit	
	der Lizenzen und die Murphy-Entscheidung	222
	(7) Einfluss auf die internationale Zuständigkeit	224
	(a) Keine Zuständigkeitsregelung durch das	
	Sendelandprinzip der Satelliten- und	
	Kabelrichtlinie	224
	(b) Einfluss des Art. 4 Portabilitäts-VO auf	
	die Zuständigkeit	225
	bb) Entgegenstehende vertragliche Regelungen –	
	Art. 7 Portabilitäts-VO	226
	(1) Nichtdurchsetzbarkeit	226
	(a) Bedeutung der Nichtdurchsetzbarkeit	226
	(b) Erfasste Verträge	229
	(aa) Verhältnis Rechteinhaber und	
	Diensteanbieter	229
	(bb) Verhältnis Diensteanbieter und	
	Abonnenten	230
	(cc) Verhältnis Urheber und	
	Rechteinhaber	231
	(2) Umgehung durch Vereinbarung der	
	Anwendung des Rechts eines Drittstaates	231
	(a) Rechtsnatur des Art. 7 Abs. 2	
	Portabilitäts-VO	231
	(b) Anwendbares Recht	233
	(c) Mögliche prozessuale Folgen –	
	Derogation der unionsrechtlichen	
	Zuständigkeit	234
	(d) Anerkennung ausländischer Zivilurteile	235
	(e) Schiedsvereinbarungen	236
e)	Folgen bei Nichteinhaltung der VO?	237
	aa) Konsequenzen bei Nichteinhaltung der	
	Verpflichtung für die Anbieter	237
	bb) Ansprüche der Nutzer	238
f)	Fazit	239
	aa) Ausgewogener Ausgleich der Interessen	239
	bb) Konsequenzen für die Verwendung von	
	Geoblocking	240

Oı	nline	-SatCab-Richtlinie (2019)	241
a)	Hin	tergrund	241
	aa)	Erweiterung des Angebots innerhalb der EU	242
		Komplexe Rechteklärung durch die	
		Sendeunternehmen	242
b)	Inh	alt	243
	aa)	Anwendungsbereich	243
		(1) Sachlicher Anwendungsbereich	243
		(a) Einführung des Ursprungslandprinzips	
		für ergänzende Online-Dienste	243
		(b) Weiterverbreitung	244
		(2) Räumlicher Anwendungsbereich	245
	bb)	Anwendung des Ursprunglandprinzips, Art. 3	
		Online-SatCab-RL	245
		(1) Ursprungslandprinzip, Art. 3 Abs. 1 Online-	
		SatCab-RL	245
		(a) Allgemeine Bedeutung – rechtliche	
		Fiktion	245
		(b) Ursprungslandprinzip für	
		Nachrichtensendungen und Sendungen	
		zum aktuellen Geschehen, Art. 3 Abs. 1	
		b) i) Online-SatCab-RL	246
		(c) Ursprungslandprinzip für	
		Eigenproduktionen im Sinne des Art. 3	
		Abs. 1 b) ii) Online-SatCab-RL	247
		(aa) Vollständig von dem	
		Sendeunternehmen finanzierte	
		Eigenproduktionen	247
		(bb) Zweck der Regelung	249
		(cc) Zweck der Begrenzung auf	
		derartige Produktionen	249
		(dd) Zwischenergebnis	251
		(2) Einfluss auf die internationale Zuständigkeit	251
		(3) Schuldrechtliche Vereinbarung von	2.52
		Geoblocking	252
		(a) Grundsätzliche Möglichkeit der	252
		Geoblockingverpflichtung	252
		(b) Geoblockingverpflichtung im Einklang	252
	٥-١	mit dem Unionsrecht?	253
	CC)	Weiterverbreitung	255

c) Umsetzung ins nationale Recht - § 20c UrhG	256
d) Fazit	257
III. Andere Wege zu einem digitalen Binnenmarkt	258
1. Erweiterung des Sendelandprinzips auf Online-Lizenzen	258
2. Einheitliches Urheberrecht für Europa	258
F. Fazit	260
I. Geoblocking als zulässige und notwendige Konsequenz der	
Territorialität	260
1. Territoriale Fragmentierung der Rechtevergabe	260
2. Unionsrecht	260
3. Geoblocking	261
II. Digitaler Binnenmarkt in einem funktionierenden System	
von Filmproduktionen in Europa?	262
Literatur	265

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-8487-7467-8